

# Kaukasische Post

Adresse d. Redaktion u. d. Geschäftsstelle (vorübergehend): Michael-Str. Nr. 89, im Magazin von G. Frid (vormals C. Auffermann), Sprechstunden: 9—11 vormt. (zu fragen nach W. Bauer).

Erscheint 2mal wöchentlich:

am Donnerstag und am Sonntag.

Bezugspreis: 15 Abl. für 2 Monate. Anzeigen: die 3-mal gepaltene Kleinzeile auf der ersten Seite—60 Kov., auf der 4. Seite—40 Kov.

Nr. 16.

Tiflis, den 27. Februar 1919.

11. Jahrgang.

## Das Abonnement auf die „Kaukasische Post“

für die beiden nächsten Monate (März und April) ist eröffnet. Der Bezugspreis ist der nämliche wie bisher: 15 Abl. Bestellungen werden nur für diese ganze Zeit angenommen. Preis der Einzelnummer auch wie bisher: 85 Kov. Um möglichst baldige Einendung der eingekammelten Bezugsbeträge (dies gilt namentlich den Vorständen in den Ortsgruppen, bzw. den örtl. Kommissaren oder Schulgelehrten) wird im Interesse der Erhaltung eines geregelten Geschäftsbetriebes dringend gebeten.

Pünktlichkeit ist eine der hervorragenden Tugenden des Deutschen. Und deshalb: wolle Ihr Deutsche nicht nur heissen, sondern in Wirklichkeit sein. — so seid pünktlich.

Bestellungen und sonstige Aufträge nimmt bis auf weiteres entgegen: Die Geschäftsstelle der „Kauf. Post“ — Tiflis, Michailowskaja Nr. 89, Magazin des Herrn G. Frid (früher C. Auffermann), Expeditor W. Bauer, täglich, außer an Sonn- und Feiertagen, zwischen 9—11 Uhr vormittags.

An ihn sind auch alle Korrespondenzen (unter derselben Adresse) zu richten.

Sonntag, den 1. März,

im Lokale der Petri-Pauli-Schule:

## Faschings-Kaffee-Kränzchen mit Tanz.

Eintritt frei, § Kostüme erwünscht.

Anfang: 5 Uhr nachmittags.

Ende: 10<sup>1/2</sup> Uhr abends.

Der Vorstand des Frauenvereins.

## Aufruf

des Zentralvorstandes des Verbandes der transkaukasischen Deutschen in die Ortsgruppen in Stadt und Land.

Als vor einem Jahr die in Transkaukasien ansässigen Deutschen, die kurz vorher aus russischen Untertanen zu freien Bürgern der Transkaukasischen Republik geworden waren, unter den durch diesen Wechsel bedingten Verhältnissen die Notwendigkeit erkannt hatten, zum Schutz ihrer Sonderinteressen (vorwiegend kultureller Natur) sich zusammenzuschließen, bildeten sie den Verband der transkaukasischen Deutschen, der sich in Ortsgruppen gliedert, die von den zerstreut lebenden deutschen Gemeinden gebildet werden.

Das Bewußtsein, daß Einigkeit stark macht, war die Triebfeder unseres Handelns während der ganzen darauf folgenden Zeit.

Welche positiven Ergebnisse unsere gemeinsame Arbeit gezeitigt hat, brauchte hier nicht besonders erwähnt zu werden. Es genügt, wenn wir auf den Selbstschutz hinweisen, daß welchem etliche Kolonien vor der ihr drohenden Vernichtung durch Räuberbanden oder der äußeren Feind bewahrt blieben.

Um aber die Bedeutung des Verbandes voll zu beleuchten, sei namentlich auf einen Umstand hingewiesen: Die feste Organisation des Verbandes bewirkte, daß unser Anliegen an maßgebender Stelle mit jedem Tage wuchs.

Der Zentralausschuß (anfänglich das „Zentralkomitee“, hernach der „Nationalrat“), als Vermittler der Beschwerden und Wünsche der einzelnen Ortsgruppen, wurde von der Regierung des Landes mit sich von Fall zu Fall steigender Aufmerksamkeit behandelt, und mit einer in demselben Maße sich entwickelnden Zuverlässigkeit beauftragt. Wir übertreiben nicht, wenn wir behaupten, daß namentlich in letzter Zeit, seitdem sich aus der Transkaukasischen Republik mehrere selbständige Republiken formiert hatten (Georgien, Aserbeidschan, Armenien kommt für uns nicht in Betracht, da sich hier keine deutschen Kolonien befinden), in Regierungskreisen wohl kaum eine Angelegenheit, soweit sie sich auf Deutsche in Stadt und Land bezog, erledigt wurde, bevor nicht der Deutsche Nationalrat um sein Gutachten über sie befragt oder wenigstens um die Zuteilung der erforderlichen Aufträge angegangen worden wäre.

Um wie vieles näherer sich durch ein derartiges befriedigendes Verhältnis zwischen dem Zentralvorstande des Verbandes einerseits und den Landesbehörden andererseits das Leben auch jedes einzelnen Bürgers deutscher Nationalität in den genannten Republiken, insbesondere in Georgien, gefühlte, wird heute erweisen haben, der in seinem persönlichen Interesse der Unterthanen oder des Schutzes der obersten Regierungsgewalt bedurfte. Es erscheint daher überflüssig, hier zum Beweise bestimmte Beispiele anzuführen.

Doch mit der Erhaltung und Förderung des materiellen Wohles der Ortsgruppen in ganzen und ihrer Mitglieder im einzelnen ist der Segen, den der Verband gestiftet hat und zu stiften fortfährt, bei weitem nicht erschöpft. Nicht weniger ist von Wichtigkeit der Nutzen, den er in geistiger Hinsicht den Deutschen in Stadt und Land bringt, indem er sich auch die Erhaltung und Förderung der kulturellen Güter derselben angelegen sein läßt.

Hierbei sei in erster Linie auf die in die Wege geleitete allgemeine Schulreform hingewiesen, deren Dringlichkeit von der letzten Delegiertenversammlung nochmals nachdrücklich betont worden ist. Der durch den Zentralvorstand des Verbandes jeder Kolonie zugestellte (auf die Schulverhältnisse bezügliche) Fragebogen bewies, den Umfang der angeregten Reform, die sofort verwirklicht werden soll, sobald eine zu diesem Zweck einberufende allgemeine Lehrerkonferenz, den von dem Zentralvorstand — nach Eingeben der Antworten auf den Fragebogen — zu entwerfenden Reformplan geprüft und für zweckentsprechend befunden haben wird. — Als ein nicht zu unterlassender Beitrag zu dieser Reformarbeit ist zweifelsohne auch die bereits erfolgte Anschaffung von deutschen Lehrbüchern und Lehrmitteln zu betrachten, deren vorläufiges Ausbleiben, wie aus dem Bericht Lehrer J. Wallek's-Katharinensfeld, abgedruckt in Nr. 6 der „Kauf. Post“, zu ersehen ist, keineswegs dem Zentralvorstande zur Last gelegt werden kann. — Als ein weiterer Beleg für das Interesse, das der Verband für die Schulfrage an den Tag legt, darf wohl auch der Beschluß der letzten Delegiertenversammlung gelten: die von der Tifliser Gemeinde im vorigen Herbst eröffnete mittlere Lehranstalt mit deutscher Unterrichtssprache, das sog. „Tifliser Deutsche Realschul-Gymnasium“, mit einer namhaften Summe Geldes zu unterstützen.

Zu den geistigen Entwicklungsmöglichkeiten, die von dem Verbande zum Wohle seiner Mitglieder, der einzelnen Ortsgruppen, namentlich der entfernter gelegenen Kolonien, für die nächste Zeit in Aussicht genommen sind, zählt auch die Anstellung eines Wanderlehrers, die, wie aus dem

Bericht über die 2-te Sitzung des neuen Zentralvorstandes in Nr. 13 der „Kauf. Post“ zu ersehen ist, auf Anregung des 2. Vorsitzenden E. Tröler aus Privatmitteln erfolgen soll, die durch freiwillige Zeichnung aufzubringen sind. Dieser Wanderlehrer wird die Aufgabe haben: 1) überall dort, wo es nottut, vorüberlich aufzutreten, in Gemäßheit der ihm vom Zentralvorstand zu erteilenden Hinweise, und 2) im Interesse der allgemeinen Sache sich an Ort und Stelle über alles aufklären zu lassen, was dem Zentralvorstand zu wissen vonnöten wäre, um seine Tätigkeit stets nach den örtlichen Bedürfnissen einzurichten und auszugestalten.

Dem Wanderlehrer dürfen dann, in einer ferneren Zukunft, Instruktionen auf den verschiedenen Gebieten des landwirtschaftlichen und industriellen Wissens und Schaffens folgen, ausgenützt mit den neuesten technischen Hilfsmitteln, so weit sie bis dahin aus dem Auslande beschaffbar sein werden.

Wanderlehrer und Instruktionen sind aber bloß die Vorläufer einer Volkshochschule (Volkshochschule), die als Wanderuniversität zu denken wäre, ähnlich wie sie die georgische Regierung für das flache Land (zunächst wohl nur für Siedlungen mit spezifisch georgischer Bevölkerung) in Aussicht genommen hat. Welch eine Summe von Kenntnissen würde eine solche Hochschule dem weitestgehenden Teil der erwachsenen Bevölkerung in den Kolonien vermitteln und wie würde hierdurch ihr geistiges Niveau gehoben werden! Kein Jagen nach einem Diplom! Man bedenke, was das zu bedeuten hat, wenn nicht der Ehrgeiz, sondern lediglich der Wissensdurst beizugibt werden soll. Es ist hierbei noch zu bemerken, daß, bevor die Wanderuniversität geschaffen würde, nichts den Verband davon abhalten konnte, zunächst gewisse deutsche Wanderbibliothek zu gründen und sie in die Kolonien bzw. Ortsgruppen hinauszuführen, wie eine solche bereits, dank der Initiative Pastor Schlemming's, in Tiflis geschaffen wurde und sich als in jeder Hinsicht nützlich erweist (bei verhältnismäßig geringen Kosten) erwiesen hat.

Aber — all' das ist einzuwillen, wie man so sagt, Zukunftsmusik. Die Gegenwart will auch ihr Recht haben. Und da fragen wir uns denn: Haben wir für sie noch nichts? Sollen die Ortsgruppen bis dahin ohne geistige Anregung in oben bezogener Richtung bleiben, wozu sich in unserer bewegter Zeit noch das Verlangen gestellt, sich auch über politische, und haatsrechtliche Fragen unterrichten zu lassen? Nein, wird jedermann sagen, das wäre vom Ubel, das wäre zu unvorstellbar, das könnten wir denen nie verzeihen, die verpflichtet sind, in dieser Hinsicht alles zu tun, was in ihren Kräften steht, um die geistigen Bedürfnisse der ihrer Fürsorge anvertrauten Gemeinden und Gemeindegemeinschaften zu befriedigen. Und damit kommen wir zum Hauptgegenstand dieses unseres Aufrufes: zur „Kaukasischen Post“!

Als der Verband entstand, war es den Delegierten der Ortsgruppen klar, daß diese Neuschöpfung ohne ein eigenes Presseorgan, ohne Zeitung, ohne die „Kauf. Post“, als Sprachrohr des Verbandes, nicht gut würde bestehen, geschweige denn ihren Zielen und Zwecken vollumfänglich gerecht werden können.

Um über die äußeren und inneren Vorgänge im Leben der Deutschen in Stadt und Land auf dem laufenden zu sein, bedarf der Zentralvorstand des Verbandes möglichst ausführlicher Mitteilungen aus den Ortsgruppen. Die Verbreitung dieser Berichte unter den Mitgliedern des Verbandes, d. h. den einzelnen Ortsgruppen, erscheint

dabei als notwendig auch beschalt, um durch sie auszuregen auf diejenigen zu wirken, denen der eine oder andere Gedanke, das eine oder andere nachahmenswerte Beispiel, der eine oder andere wohlgemeinte Vorschlag bei der eigenen Arbeit zum Wohle ihres Gemeinwesens zufallen können kann. Diese Kenntnis des örtlichen Geschehens zu vermitteln, wären, nach Auffassung der Delegierten, alle Einzelpersonen in den Städten und in den Kolonien verpflichtet, die dank ihrer Stellung oder auch bloß dank der höheren Entwicklung ihrer geistigen Veranlagung, also in erster Linie die Vorkoren und Lehrer, einen entscheidenden Einblick in die sie umgebenden Verhältnisse haben könnten, besser gesagt — haben müßten. Daß obige Voraussetzung zutreffen würde, darüber kamen damals auf der Delegiertenversammlung bei keinem Anwesenden auch nur die geringsten Zweifel auf, da jeder sich dessen bewußt war, daß sich der Mitarbeit an dem gemeinsamen nationalen Werke niemand aus böser Absicht oder aus Nachlässigkeit entziehen würde.

Nächst dieser Aufgabe soll die Zeitung der Verbreitung gemeinnütziger Kenntnisse dienen, vor allem aber den nun auch zur Mitarbeit an dem politischen Leben der Abvotioheimat berufenen Deutschen insbesondere, über die laufenden, auf dieses bezüglichen Fragen unterrichtet zu sein.

Diese beiden Aufgaben in's Auge fassend, beschloß die erste Del.-Versammlung, gleichzeitig mit Schaffung des Verbandes, die „Rauf. Post“, die 1906 begründet worden war, viele Jahre hindurch recht und schlecht existiert hatte, dann aber unter dem Druck der für die Deutschen in Ruf-land schier unerträglich gewordenen politischen Verhältnisse eingegangen war, wieder aufleben zu lassen und die hierzu erforderlichen Geldmittel durch die Einnahme vom Bezuge der Zeitung, durch freiwillige Spenden und nötigenfalls auch durch Zuschüsse aus der Kasse des Verbandes aufzubringen.

Und so erschien am 18. Februar — 1. März 1918 die erste Nummer des 10. Jahrgangs der „Rauf. Post“.

Der anfangs äußerst beschränkte Umfang des Blattes (bei zweimaligen Erscheinungen in der Woche) wurde schon am 1. Juni verdoppelt und dann am 22. Oktober verdreifacht (die „R. P.“ erschien seitdem dreimal wöchentlich), bis dann am 11. Januar d. J. der Umfang des Blattes wieder reduziert werden mußte es erscheint seitdem wieder nur zweimal wöchentlich, da der Mangel an mit den deutschen Lesern vertrauten Sprechern durch den plötzlichen Fortgang der Deutschen Delegation im Kaukasus und der zu ihrer Befügung befindlichen und der „Rauf. Post“ nur zeitweilig überlassenen Soldaten (Ergänzungssoldaten) die Fortsetzung der Zeitung in dem verdreifachten Umfang unmöglich machte.

Es wird nun niemand, der in der ganzen Zeit die „Rauf. Post“ unbezogen gelesen hat, in Abrede nehmen wollen, daß die zweite der ihr gestellten Aufgaben in hin-

reichendem Maße erfüllt worden ist. Was aber die erste Aufgabe (Berichte aus den Kolonien) anlangt, so ist seitens des Redaktionskomitees sowohl, als auch des Zentralvorstandes des Verbandes alles getan worden, um die Mitarbeit der einflussvolleren und einflussreicheren Elemente in den Ortsgruppen zu gewinnen, und wenn trotz alledem der Erfolg dieser Bemühungen den Erwartungen der ersten sowie der nachfolgenden Delegiertenversammlungen nicht entsprochen hat, so trifft die Schuld hieran nicht den genannten Vorstand, sondern diejenigen, die als Führer, als Leiter ihrer Gemeinden die sittliche Pflicht haben, das Wohl und die Belange der letzteren nicht nur im Rahmen ihrer eigentlichen, beruflichen Tätigkeit, sondern nach Kräften auch über diese hinaus, kurz — in jeder Hinsicht zu vertreten und zu fördern, aber solches zu tun bisher unterlassen haben, aus Gründen, die dem Zentralvorstand teils unbekannt, teils nicht verständlich sind.

Sollten jedoch an der „Rauf. Post“, nach Meinung des einen oder des anderen, Verbesserungen im allgemeinen oder im besonderen erwünscht sein, wie neuerdings von einer der Ortsgruppen (in Georgien) verlaubt wurde, so wären diszipliniert nicht oberflächlich, allgemein gefaßte Wünsche, sondern schlüssige, konkrete Reorganisationsvorschläge zu machen. Diese würden natürlich von dem Zentralvorstande einer eingehenden Prüfung und möglichst weitgehenden Berücksichtigung unterworfen werden.

Wenn aber 1) der Augen, den die „Rauf. Post“ im großen ganzen bringt, nicht gelehnet werden kann, wenn — mehr als das — 2) auch auf der letzten Delegiertenversammlung (14—17. Januar d. J.), wie auf den vorausgegangenen Delegiertenversammlungen, die „Notwendigkeit“ dieser nützlichen Einrichtung des Verbandes anerkannt worden ist und 3) prinzipiell, laut Beschluß der ersten Delegiertenversammlung, jedes Defizit, das sich bei der Herausgabe der Zeitung ergibt, aus den Mitteln des Verbandes zu decken ist, — so bedauert es bei Aufstellung des Budgets für die Herausgabe der — inzwischen allerdings außerordentlich verneuten — Zeitung (alle drei Monate Steigerung der Gehaltsansprüche der Esner, fortwährende Erhöhung der Druckkosten, exorbitantes Wachstum der Papierpreise, Vermehrung der Redaktionsstipendien etc.) in dem kommenden Zeitraum im Grunde genommen nur der Umlegung des nach Abzug der Bezugsgebühren und sonstiger Einnahmen sich ergebenden Defizits auf die Ortsgruppen, und zwar nach demselben Verhältnis, wie die Aufkosten, die der Unterhalt des Verbandsvorstandes, die Befugung der Delegiertenversammlungen und dgl. m. verursachen, unter sie verteilt werden. Wenn der Zentralvorstand nichtsbedenklicher es für angemessener gehalten hat, die Aufstellung des Budgets von der Delegiertenversammlung nachprüfen zu lassen, und dabei den Vorschlag gemacht hat, der von der Versammlung einstimmig gutgeheißen wurde, die Ortsgruppen — im Ausgleich für die von ihnen zu beanspruchende Deduktion des Defizits — mit jeweil Exemplaren

der „Rauf. Post“ zu versorgen, als am zweckmäßigsten Ort Familien mit geistigerer Intelligenz anzuhäufen und, um bei ihnen ein Verständnis für die „Rauf. Post“ voraussetzen zu können, wobei die Deduktion aus Gründen der Gerechtigkeit nur auf diese, die „Rauf. Post“ leitenden Familien bezw. Einzelpersonen, nicht aber auf alle Mitglieder der Ortsgruppen, einschließliche derjenigen, welche die „R. P.“ nicht lesen, zu verteilen sein würde, so dürfte hierin bei Unvoreingenommenheit doch unter keinem Gesichtswinkel ein „Andrängenwollen“ der „R. P.“, ihre „Zwangverbreitung“, eine „Vergewaltigung“ der Ortsgruppen zu erblicken sein.

Wenn, ferner, somit einleuchtet, daß der Beschluß der letzten Delegiertenversammlung hinsichtlich Verteilung der Verteilungskosten des Verbandesorganes, der „Rauf. Post“, als ein in jeder Beziehung, hinsichtlich begründeter und gerechter und als solcher für sämtliche Ortsgruppen verbindlicher erachtet werden muß, so erscheint das Verhalten einiger Ortsgruppen ganz unbegründlich, die statt die ihnen zugehende, im Protokoll der letzten Delegiertenversammlung vorgegebene Zahl von Exemplaren der „Rauf. Post“ unter ihre Mitglieder zu verteilen, sie einfach liegen lassen (mit Ausnahme derjenigen Exemplare, die direkt bestellt worden waren) oder gar an die Geschäftsstelle der Zeitung zurückzuführen.

Daraus entstehen naturgemäß immittige Weiterungen und unliebsame Störungen im Geschäftsbetriebe der „Rauf. Post“. Vor allem wird durch die Vorenthaltung der im Budget festgesetzten Auslagen des Zentralvorstandes die Schwierigkeit geschaffen, das das fehlende Geld leibweise beschafft werden muß, wobei die zu zahlenden Prozente früher oder später von den säumigen Kolonien doch — zusammen mit der Zurückstattung des ausgelegten Kapitals — werden bezahlt werden müssen.

Diese ganze Angelegenheit ist aber nicht nur von größter Dringlichkeit, sondern von ebenso großer Wichtigkeit, die in demselben Verhältnis an Nachdrücklichkeit gewinnt, als der Ernst der Zeit, in der wir leben, sich vertieft, jeßen er nicht schon tiefer ist als mancher glauben mag, einzig Zeit, in welcher von heute auf morgen aber die transkaukasischen Deutschen ein ähnlicher politischer Wirbelwind hinführen kann, wie 1915, als die ungeliebten Geister über Liquidation des deutschen Immobilienbesitzes heraufstiegen, die alle Kolonien mit einem Schlag zu vernichten drohten.

Um nun noch empfindlicheren Mißverständnissen vorzubeugen und zugleich jede Verantwortung von sich abzuwälzen für ein Mißlingen der Aufgabe des Verbandes im ganzen und das der weiteren Herausgabe der „Rauf. Post“ im besonderen, wolle letztere eines der wesentlichsten Elemente des Verbandes bilden und daher von ihm nicht ablosbar ist, wie auch letzteres ohne die Zeitung kaum sich weiter entwickeln konnte, sieht sich der Zentralvorstand des Verbandes der transk. Deutschen in die Lage verlegt, die Ortsgruppen, in der Person ihrer Vorstände, oder, wo solche

## Tau-Perlen.

Von Rud. Dirl.

Ein Tag ist um in Eil und Hast,  
In Sorgen, Mühe, Not und Last,  
Und still der Abend sinkt ins Tal,  
Wie abgeschiednen Lebens Mal.

Die Lust geht kühl, gedankenschwer...  
Ein Wanderer... Wohin?... Woher?...  
Und milde blüht ein blauer Stern,  
Ein winkend Licht in weiter Fern.

In weißen Schleieren Engel gehn  
Und nach des Kammers Säuren sehn,  
Daß jede Färb, die gewinkt,  
Den jungen Tag als Perle schein.

Herr, segne Du der Mädchen Haar,  
Troß alle, die von Leid erlährt,  
Daß, blühend in der Tränen Tau,  
Die Sonne neues Hoffen schau!

## Zur Geschichte der Schreibfeder.

Ein Gang durch das Schriftmuseum Rud. v. Blanders, Berlin, im Zentralinstitut für Erziehung und Unterricht, Potsdamer Str. 120, oder durch die Abteilung Schreibtechnik im Deutschen Museum in München gewährt

einen vortrefflichen Einblick in die Entwicklung der verschiedenen Schreibwerkzeuge und insonderheit der Feder. Wir finden dieselbe babylonische Spatel zum Eindrücken der Keilschrift in Siegel, die aus der Zeit um 5000 vor Chr. stammen. Daneben liegen ägyptische Papyrusbandschriften samt den alten Schreibfedern und -stiften sowie griechische und römische Wachstafeln nebst kupfernen Stylos, und ferner, indische, arabische und chinesische Schreibgeräte. Die ersten Nürnberger Schreibfedern aus Stahl, die im Mittelalter gebraucht wurden, finden wir in diesen Sammlungen neben der römischen Kupferfeder. Letztere dürfte die erste Metallschreibfeder sein; man hat solche in Rom sowie bei Mainz ausgegraben. Diese Feder war noch gänzlich unelastisch, ebenso wie die schon etwas vollkommenere Nürnberger Metallfeder. Für letztere wurde Eisen, auch Messing und Silber zur Herstellung verwendet. Erst im 19. Jahrhundert machte sich Alois Senefelder, München, Häbelerne, elastische Federn aus Nipferstahl, mit denen er auf Lithographiesteinen schrieb und zeichnete. Nachdem Senefelder nach England ging, wurden in Birmingham die die ersten Stahlfedern auf maschinellem Wege hergestellt. Die ersten Federstahlfedern stammen aber aus München; das Deutsche Museum daselbst zeigt sie uns. In dem thüringischen Städtchen Schmalkalden sollen sich zwei Brüder Jod bereits um 1850 herum mit der maschinellen Herstellung von Schreibfedern befaßt haben; zur eigentlichen Fabrikation aber kam es dort nicht. Zur gleichen Zeit

hatte der Maschinenbauer Wandler in Berlin die Werkzeuge und Maschinen für die Stahlfederfabrikation geschaffen; er gründete dann die erste deutsche Stahlfederfabrik unter der Firma Heintze u. Wandlers. Dieses Unternehmen hat jetzt seine Werke in Berlin und Trauenburg. Dorthin selbst wird auch der zur Schreibfederherstellung erforderliche feine Nipferstahl im eigenen großen Walzwerk hergestellt. Wer sich aber über die Geschichte der Feder näher belehren will, dem kann nur empfohlen werden, die Abhandlung von Ernst Collin in Heft Nr. 4 und 5, 1918, der Zeitschrift des Vereins zur Beförderung des Gewerbebetriebes nachzulesen.

## Ein deutscher Großmeister der Kartographie.

Am 31. Juli vorigen Jahres vollendeten sich 100 Jahre, seit Heinrich Kiepert geboren wurde. Die „Tagl. Rundschau“ brachte anlässlich dieses Geburtstages einige Angaben aus dem Leben und Wirken Ks., von denen nachstehend wiedergegeben die Leser der „Rauf. Post“ auch post festum interessieren dürften:

Der Name Heinrich Kiepert ist jedem Deutschen von der Schulbank her wohlvertraut: in Kiepert doch der Schöpfer unzähliger geographischer Karten, die sich in Atlanten finden oder als Schulwandkarte dienen. Kiepert war aber nicht nur ein Großmeister der Kartographie, sondern zugleich ein bedeutender Entdeckungsreisender — die wif-

nach nicht gewährt worden sind, durch die zuständigen Kommissare beim Schulzenämter hiermit zu erlösen, umgekehrt sich zu einer allgemeinen Versammlung (siehe Gruppe in einzelnen) einzufinden und auf ihr zu diesem Zweck Stellung nehmen zu wollen, insbesondere aber dabei die grundsätzlichen Fragen durch Mehrheitsbeschluß zu beantworten und in Abschrift des abzufassenden Protokolls von der getroffenen Entscheidung ihn, den Zentralvorstand, in Kenntnis zu setzen:

- 1) Soll der Verband bestehen bleiben?
  - 2) Wenn ja, soll die „Raut. Post“ dann gleichfalls bestehen bleiben?
  - 3) Wenn ja, ist die Ortsgruppe gewillt, den Beschluß der letzten Delegiertenversammlung bezüglich der „Raut. Post“ (Beitreibung der erforderlichen Geldmittel für ihren Unterhalt) in Wirklichkeit auch auszuführen, und das zwar pünktlich und nach Maßgabe der ihr zugehenden Exemplare der „Raut. Post“?
  - 4) Wenn ja, welche Ausfertigungen hat die Ortsgruppe an der „Raut. Post“ zu machen und welche Verbesserungen schlägt sie vor?
  - 5) Wenn aber, nach Meinung der Ortsgruppe, die „Raut. Post“ wegfallen und, als voraussichtliche Folge eines solchen Beschlusses, der Verband aufgelöst werden sollte, so—innerhalb welcher Zeit? Und in welcher Weise soll dann die Liquidation des Unternehmens folgende Verpflichtung zur Ausföhrung der unterschiedlichen finanziellen sämtlicher Angestellten (dreimonatlicher Gehalt!) sowie die Begleichung der Schulden der „Raut. Post“ (10 000 Rbl. sind bereits angenommen worden — zwecks Deckung der Auslagen für die ersten beiden Monate dieses Jahres) durchgeführt werden?
  - 6) Sollte eine außerordentliche Delegiertenversammlung einzuberufen sein — und das wäre unerlässlich, falls die Mehrzahl der Ortsgruppen sich im Sinne von Punkt 5 äußere —, so zu welchem Termin?
- Tiflis, d. 26. Februar 1919.

Der Zentralvorstand des Verbandes der transkauk. Deutschen.

### Inland.

→ Laut Beschluß des georgischen Parlaments erschien am 21. d. Mts. beim Ober der englischen Mission, General Forester-Walker, eine Abordnung des Parlaments, mit dem derzeitigen Vorsitzenden des selben G. S. Tsalaischwili an der Spitze, um ihm den Dank des Parlaments an die Regierung Großbritanniens für das Telegramm bezüglich des Einfalls General Denikin's in Georgien zu übermitteln. In seiner Antwort bemerkte General Forester-Walker u. a., daß wenigstens er für die ihm zum Ausdruck gebrachten Gefühle bestens danke und die Befriedigung, die er hierüber empfinde, sich nicht schmä-

Lebensaufgabe, des Neubaus des Kartensbüros der kleinasiatischen Halbinsel.

Nach der Rückkehr von der Reise machte er sich an eine Preisausgabe, die die Pariser Akademie der Wissenschaften gestellt hatte. Als Vorarbeit dafür erlernte er das Arabische, das Persische und das Armenische — seine gründliche Kenntnis dieser Sprachen zeigt, daß er auch ein großer Gelehrter außerhalb seines eigentlichen Fachgebiets war; kurz darauf übernahm er die Leitung des Geographischen Instituts in Weimar, wo seine Hauptaufgabe die Erneuerung der Atlanten war. Gleichzeitig arbeitete er an seiner Preis-schrift; im Jahre 1846 fiel ihm der Pariser Preis zu. Seine Tätigkeit in Weimar führte zu seinem bedeutendsten Erfolge; so lehrte er nach Berlin zurück. Die Akademie der Wissenschaften wählte ihn zu ihrem Mitgliede, dadurch war ihm die Lehrkanzel der Universität ohne Habilitationserfolge, bald wurde er außerordentlicher Professor und 1874 wurde ihm die ordentliche Professur für Geographie übertragen.

Neben seinen Vorlesungen entfaltete er eine ausgedehnte Tätigkeit an der „Zeitschrift für Erdkunde“, für den Neimeyer'schen Verlag und für die topographische Abteilung des königl. Statistischen Büros. 1870 unternahm er eine neue Forschungsreise nach Kleinasien, insbesondere nach dem damals noch völlig unerforschten Inneren Karrens. In die achtziger Jahre fielen Kiepert's letzte Orientreisen, deren Hauptziel wieder Kleinasien bzw. Karren, Mysien und

lern wolle, er dennoch nicht umhin könne, bei dem Umstände zu verweilen, daß in letzter Zeit in der britischen Presse zu seinem großen Bedauern Aufträge erschienen seien, in denen sehr unehrlich, ja gehässig über Großbritannien geurteilt worden sei. „Sie bezwehnen“, fuhr der General fort, „daß wenn das georgische Volk jede fünf Minuten sein Verhältnis zu Großbritannien ändern wird, zwischen letzterem und Georgien sich Gefühl der Freundschaft nicht entwickeln können. Ich bin weit davon entfernt, Ihnen diesbezüglich eine Lektion zu erteilen, aber ich benutze die Gelegenheit, um Ihnen zu sagen, was ich fühle. Ich weiß, daß Sie als Vertreter des georgischen Volkes, dieses darüber aufklären werden, daß, wenn auch in der Politik der britischen Regierung gegenüber Georgien Fehler gemacht werden, diese Regierung stets bereit ist, ihre Irrtümer zum Besten des georgischen Volkes zu korrigieren. Ich halte es für angebracht, Sie, Herr Vorsitzender im Parlament, daran zu erinnern, daß sich niemand mit absoluter Sicherheit für das Verhalten der Herren Generale verbürgen kann. Die Generale sind ein gefährliches Völkchen, und sie zur Reision zu bringen, ist nicht immer leicht. Ich glaube, daß auch die georgische Arme nicht ohne derartige Sünden ist. Ich betone nochmals, ein wie großes Vergnügen mir Ihr Besuch bereitet hat“.

→ Das Informationsbüro beim Generalstab des Hauptquartiers der britischen Truppen veröffentlicht in der heutigen Tagespresse eine Erklärung, nach welcher die durch die russische Presse letzthin verbreitete Mitteilung, als habe die georgische Regierung, indem sie den Flüchtlingen aus Westkaspas gestattete, nach Georgien zu kommen, auf Anraten der englischen Mission so gehandelt, nicht der Wirklichkeit entspricht. Der Kommandierende der britischen Streitkräfte habe auf die entsprechende Anfrage der georgischen Regierung nur erklärt, daß, soweit es die kritischen Verhältnisse angehe, letztere gegen die Lösung der Frage in dem von jener vorgeschlagenen Sinne, z. B. gegen die Entlassung und Internierung der Flüchtlinge in Misset, nichts einzuwenden hätten. Die Verantwortung aber für ihren Durchlaß, ihre persönliche Sicherheit und ihre Verpflegung liege einzig und allein auf der georgischen Regierung ruhen.

→ Die englische Mission teilt dem georg. Minister des Auswärtigen mit, in Beantwortung seiner Anfrage über den gegenwärtigen Aufenthaltsort der georgischen, zur Friedenskonferenz nach Paris reisenden Delegation, daß Tschichajew und Zereteli auf dem Wege nach Marseille Konstantinopel bereits passiert hätten, der übrige Teil der Delegation sich aber noch in Konstantinopel befinde.

→ Die heutige Tagespresse bringt ausführliche Berichte über die Parliaments-sitzungen vom 19. und 20. d. Mts., in denen die Rede N. N. Schordania's (s. v. Nr. der „Raut. Post“) besprochen wurde. Aus Mangel sind wir nicht in der Lage, die zumeist sehr ausführlichen Reden der Abgeordneten, sowie die einiger Minister (Chomerich, Kamichwili, Gogelakoff) mitzuerzählen. Sie sind des Interesses nicht werth. Wer von unseren Lesern sich mit ihnen be-

fassen machen will, muß sich schon die Tagesblätter für Tiflis nehmen.

→ In Tiflis haben zwei Zeitungen in englischer Sprache zu erscheinen begonnen: 1) „The Georgian Messenger“ (Herausgeber: Elisabeth Crellman; Postauer Str. 4) und 2) „The Trans-Caucasian Post“ (Redakteur: S. Melikjan Debutowskaja, Nr. 37).

### Ausland.

Minister-Präsident Scheidemann hat sich einem Vertreter der Presse gegenüber auf die Frage nach dem Stande der Arbeiten in der deutschen Nationalversammlung zuwerflichst ausgeprochen. Er sagte u. a., daß letztere dank der Vereinigung der drei härtesten Parteien, die sich politisch und praktisch bewähre, wie ein „Mechanismus“ funktioniere. Die Versuche der Opposition, diese Reaktion zu stören, seien nicht nur erfolglos geblieben, sondern hätten, im Gegenteil, zum engeren Zusammenkloß der leitenden Parteien geführt. Die von den Ministern eingebrachten Programme bildeten das Rahmen der Arbeiten der Nationalversammlung. Zur äußeren Lage äußerte sich Scheidemann bestimmt. Er sagte u. a.: Was soll uns die ehrliebliche Demokratie und der neuzeitlichsozialistische Geist, was sollen uns alle Bemühungen, Deutschland in die Reihe der Völker einzuführen, die den Fortschritt und die Ideale der Menschheit antreiben, wenn alles das doch nur ein Ergebnis zeitig, nämlich unierer Zusammenbruchs, bei welchem die Zukunft Europas mit begraben werden dürfte. Diese Schicksalsfrage schwebt natürlich auch über der Nationalversammlung“. Zum Schluß bemerkte Scheidemann, er habe bei den Gegnern nicht eine solche Verblendung voraussehen können, die dahin führen müßte, daß die gegenwärtige Lage noch wochenlang dauern werde. Das Attentat auf Clemenceau müßte als Symptom der Unverantwortlichkeit dieser Lage selbst für die Welt der Feinde betrachtet werden. — Am 21. 2. wurde in München der bayerische Minister-Präsident Kurt Eisner, bekanntlich Vertreter der äußersten linken Sozialdemokratie, auf offener Straße von einem Studenten, dem Grafen Arto Walley, ermordet, und zwar durch zwei Revolver-schüsse, die ihn in den Kopf trafen und momentan töteten. Der Mörder wurde verhaftet, darauf aber von Wastrosen gleichfalls ermordet. In Begleitung Eisner's befand sich Minister Unterleitner, der auch verwundet wurde. Im Sanltage verüchte Minister Auer über die Ermordung Eisner's zu reden, wurde dabei aber durch mehrere Schüsse, die aus der Mitte der Abgeordneten fielen, schwer verwundet und soll, wie ein hochgeschwiebiger Funkspruch aus Rauen (über Moskau) besagt, nach der an ihm vollzogenen Operation ebenfalls sein Leben eingebüßt haben. Auf die Schüsse, welche auf Minister Auer abgegeben wurden, folgten Schüsse, die von der Tribüne in den

Troß durchzog, er entdeckte die alte Stadt Amoyon und erkannte die Bedeutung der „gewaltigen Bracktrümen“ von Keranos, die früher für unbedeutend gehalten waren, drang bis an die Dignrenz Karrens vor und untersuchte zahlreiche Ruinenabte: Seine späteren Reisen galten einigen europäischen Ländern. Ein Sondergebiet Kiepert's, der außerordentlich vielseitig war, sei aus seiner reichhaltigen Tätigkeit besonders erwähnt. Kiepert hatte sich durch zahlreiche Wanderungen im Ost- und in Ostpreußen mit den Sprachverhältnissen dort aufs genaueste vertraut gemacht; im Jahre 1867 — dem Jahre der Pariser Weltausstellung — war seine Karte der deutsch-französischen Grenzländer erschienen, die den von Romhien vorgeschlagenen Titel „Von Rhein bis Paris“ trug. Nach Beendigung des deutsch-französischen Krieges waren es Kiepert's Vorschläge, die bei dem Gebietsaustausch im wesentlichen als Unterlage dienten. Ubrigens hat Kiepert sein Wissen und sein Urteil auch späterhin noch in den Dienst staatlicher Verhandlungen gestellt. Das war 1872 bei der Vorbereitung des Schiedsspruchs des Deutschen Reiches im Streit Großbritanniens und der Union über den San-Juan-Archipel und gelegentlich des Berliner Kongresses, als Bismarck Aufschluß und Rat über Grenzfragen auf der Balkanhalbinsel erbat.

Stuhlgang abgefeuert wurden, wobei noch einige Personen zu Schaden kamen. Obige Vorgänge bildeten gewissermaßen das Signal zum Ausbruch des Bürgerkrieges, der eben in München tobt. In der Stadt ist der Kriegszustand proklamiert. Die Regierungsgewalt soll sich, wie gleichfalls ein hochbedeutender Rundschreiben besagt, in den Händen der örtlichen Arbeiter- und Soldatenräte befinden. Die Redaktionen der drei größten bürgerlichen Zeitungen sind von „unabhängigen“ Sozialdemokraten und Spartakisten gewaltsam besetzt worden, infolgedessen diese Zeitungen nicht erscheinen. Handel und Wandel sind in den Städten geraten. Die meisten Magazine sind geschlossen. Arbeiterdemonstrationen, Streiks. Die Ermordung Eisner's soll aus Rache verübt worden sein, und zwar für die Verhaftung des jüngsten Sohnes Wilhelm II., des Prinzen Joachim, wie einige behaupten, oder infolge einer Rede, die Eisner unlängst auf dem Sozialistenkongress in Bern gehalten und in welcher er u. a. ausgeführt hat, daß Deutschland verantwortlich sei für: „die schlechte Behandlung der Kriegsgefangenen“, „die Ausweidung der Zivilbevölkerung aus Belgien“, „die kolonialistische Verwüftung des nördlichen Frankreichs“ u. dgl. m. Eisner habe schon damals, als man ihm zum Erfolg seiner Rede gratulierte, gesagt: „Sie geben sich nicht genügend Rechenschaft über die Bedeutung dieser Manifestation; Sie kennen nicht den Geist des heutigen Deutschlands“, indem ich dieses sprach, habe ich mein Todesurteil unterschrieben.“ Eisner war aus Berlin geflüchtet. Nach Meinung der Universität (hier selbst) war er Redakteur der liberalen „Frankfurter Ztg.“, arbeitete später für sozialdemokratische Zeitungen und ist lange Mitarbeiter des „Vorwärts“ gewesen. — Die Ereignisse in München haben auch in anderen Orten Deutschlands Unruhen hervorgerufen. So namentlich in Berlin, Nürnberg etc. In Berlin proklamierten am Nachmittag des 21. 2. die „unabhängigen“ Sozialdemokraten den Generallstreik. Die Arbeiterorganisationen schlossen sich letzterem sofort an. Es wurden Aufstände vorbereitet, in denen die „unabhängigen“ und die Spartakisten auftraten, den Tod Eisner's zu rächen. In Nürnberg war die Ordnung kaum erst wiederhergestellt, als die Nachricht von der Ermordung Eisner's eintraf; die nächste Folge war auch der allgemeine Streik u. s. w. — In Gotha wurden, zum Zeichen des Protestes gegen den von der Arbeiterschaft verkündeten allgemeinen Streik, alle Handels- und Geschäftsbetriebe, darunter auch die Lebensmittelgeschäfte, ferner alle Banken, ärztliche Kabinette, Apotheken u. a. allgemein wichtige Unternehmungen für die Zeit des Arbeiterstreiks geschlossen. — In Essen ist es zu großen Meinungsverschiedenheiten zwischen „Mehrheits“-Sozialisten einerseits u. „Unabhängigen“ u. Spartakisten andererseits gekommen. Erstere verurteilten mit aller Schärfe die im Ruhrgebiet eigenmächtig vorgenommene Proklamation des Generallstreiks und den Fehler, den die Spartakisten gegen die Arbeiter anzuwenden, die für Fortsetzung der Arbeit sind. Die „Unabhängigen“ wiederum beschuldigen die „Mehrheits“-Sozialisten des „Verrats“ und beschließen den Verband der Kohler, welcher einen Aufruf gegen den Streik veröffentlicht hat, als „moralischen Feind der Arbeiter“. Uebri gens ist der Streik im Ruhrgebiet am 21. 2. wieder aufgehoben worden, nachdem die „unabhängigen“ und die Spartakisten eingestanden hatten, daß tatsächlich die Mehrzahl der Bergleute gegen den Streik war. Nicht wenig mag schließlich zu dem Anschluß den Streik abzubrechen, auch die nachträgliche Erklärung Scheidemann's und Noske's beigetragen haben, daß sie in dem Gebiet die Ordnung wiederherstellen würden, es koste was es wolle, und daß hauptsächlich ein nicht unbedeutendes Truppenaufgebot der Regierung hieher entsandt worden ist. — Ein hochbedeutender Rundschreiben aus Nauen vom 21. 2. meldet, daß die Zahl der Arbeitslosen in Deutschland sich auf über eine Million belaufe. In Berlin allein betrage sie 240.000. — In Weimar ist am 23. 2. aus Wien der deutsch-österreichische Staatssekretär des Ministeriums des Auswärtigen Bauer eingetroffen, um die Verhandlungen über die Vereinigung Deutsch-Österreichs mit Deutschland zu leiten. Die „Nord. Allg. Ztg.“ bezeichnet die Rolle Deutsch-Österreichs im Beslande der Deutschen Republik als die einer „Puffermauer“ (gen. Öten).

## Das Nationalitätsprinzip und die Internationale.

### IV.

(Fortsetzung.)

Die Idee der Gerechtigkeit wird in der Kunst als eine Wage dargestellt, gehandhabt von der Göttin mit verbundenen Augen, damit sie ohne Ansehen der Partei entscheide, nachdem das Jür und Wider vorgebracht und beide Wagschalen endgültig beschwert worden sind. Darin ist angedeutet, daß der Gerechtigkeit zwei wesentliche Bedingungen zu Grunde liegen: einmal die Freiheit der Anschuldigung und der Verteidigung, dann aber noch die hohe Unparteilichkeit der Waagung und der Entscheidung.

Die beiden großen Streitfragen, die soziale und die politische, haben seit Menschengebenten fortwährend zu Mißverständnissen geführt, die die Weltgeschichte mit blutigen Letztern aufgeschrieben hat, und die Parteiführer haben eine heide Teile betrieggende Gerechtigkeit nicht finden können. Es haben sich Gewalt und Recht in stetigem Wechsel, in stetigem Mißverhältnis gegenüber gestanden, es hat Sieger und Besiegte gegeben, und nur den Frieden auf längere oder kürzere Zeiträume hat man herbeiführen können, nicht aber die allererits anerkannte Gerechtigkeit.

Wenn man die hier vorliegenden konkreten Streitfragen nach der Analogie des gemeinen Rechts betrachtet, so kann in der Tat die Gerechtigkeit nicht gefunden werden, denn es fehlt eine wesentliche Voraussetzung derselben — die mit der Autorität der Unparteilichkeit ausgerüstete Justiz objektiver Rechtsprechung. Auf diesem Boden würde also der Streit auch in weiterer Zukunft immer wieder aufgenommen und als „Kampf ums Recht“ auf neue geführt werden, mit wechselndem Gewalt- und Machtmitteln, mit wechselndem Erfolge, mit Unterbrechungen zwar, aber ohne Ausschluß auf einen Ausgleich der Gegensätze.

Der bereits zusammengetretene Friedenskongress hat sich die Aufgabe gestellt in den vorliegenden großen nationalen und sozialen Mißverhältnissen die Gerechtigkeit zum Triumph zu führen, und zwar das in einem Beslande, wo jedes Mitglied derselben einem Parteiführer angehört oder doch sich zu einem Parteiführer wird bekennt müssen, so daß auch hier das einwandfreie Organ für einen objektiven Rechtspruch scheinbar nicht gegenwärtig ist. Und dennoch wird die Göttin der Gerechtigkeit ihres Amtes walten, — wird die Entscheidung aber gehört und verstanden werden, wird die Menschheit begreifen, daß das Maß für Schuld und Sühne dem ethischen Zweck der Äußerung und der Reinigung zu dienen hat?

Die Wölfer sind in der Person ihrer Vertreter auf dem Friedenskongress vor die Aufgabe gestellt, sich über ihren kulturellen Haushalt auszuweisen und das Söll und Haben einer öffentlichen Prüfung zu unterwerfen.

Es wird sich dabei ergeben, wie weit die Begriffe für Freiheit und Gerechtigkeit in jedem Lande, in jedem Volke gereicht sind und wie weit das öffentliche Gewissen sich entwickelt hat. Aus der Summe dieser Qualitäten wird sich eine öffentliche Meinung ergeben, die den Widerspruch der Göttin zum Ausdruck zu bringen hat, so wie sie ihn zu begreifen und wiederzugeben vermag. Wir fragen uns in langer Erwartung: wird die Wage der Gerechtigkeit ins Gleichgewicht kommen, wird etwa dauernder Völkerriede die Folge sein und das Kulturleben aus froherer und schönerer Wege gelenkt werden können?

In der christlichen Symbolik ist das Sündenbekenntnis die unerlässliche Bedingung der Rechtfertigung und auch in jedem Proseßverfahren wird ein freimütiges Geständnis als ein Moment betrachtet, das unter Umständen einen Nachlaß d. h. Milderung der Strafe, zufolge hat. Diese Praxis ist in dem ethischen Prinzip begründet, daß eine Besserung die Erkenntnis der Unzulänglichkeit zur notwendigen Voraussetzung hat und daß eine sittliche Bervollkommnung nur möglich ist, wenn sie von dem deutlichen Bewußtsein und der gebührenden Beurteilung der eigenen Fehler und Mängel ausgeht. Die verstockte Überzeugung der eigenen Vollkommenheit ist ohne jeglichen moralischen Wert und vermag auch keine ethischen Werte hervorzu- bringen. In Bezug auf den jetzt tagenden Friedenskongress meinen wir, daß die Faktoren nicht von vornherein nach dem Merkmal des Rechts und des Unrechts, der Schuld und der Unschuld gruppiert sind, daß die Gruppierung nicht aus bereits unerfütterlich feststehenden Rechtsverhältnissen, sondern vielmehr, der vorausgegangenen geschichtlichen Ent-

wicklung gemäß, aus den z. Z. bestehenden Machtverhältnissen hervorgegangen ist, daß hierin die unangenehme Veranlassung für eine deutliche Unterbrechung der Mißverständnissen und vielumstrittenen Begriffe „des Rechts“ und der Macht erkannt werden müßte und daß eine befriedigende Klärung der Beziehungen derselben zu einander den Ausgangspunkt zu einer gegenseitigen Verständigung bilden sollte. Wir glauben, daß für beide Parteiführer hierin der Boden zu der Selbstprüfung und der Selbstkritik zu finden ist, ohne welche die Verhandlungen zu einem erfrischenden Resultat nicht führen können, und daß ein gegenseitiges Verständnis für die herrschenden Mängel und Schäden aller Vertreter unter einander, der politischen sowohl, als der sozialen, die unerlässliche ethische Voraussetzung ist, unter welchen die notwendige gegenseitige Achtung und die darauf zu begründende Abgrenzung der Schranken des Rechts und der Macht möglich erscheinen.

Die Schuld am Weltkriege, die Schuld an den als Folge desselben aufgetretenen Mißverständnissen auf sozialem Boden wird Deutschland zur Last gelegt, und die Festigung steht noch aus. Wir hier in der Ferne, bereits mehrere Generationen einem anderen Staatsverbande einverleibt, haben die ganze Schwere dieser Anschuldigungen empfinden, denn es wird ein gewichtiges Beweismaterial ins Feld geführt werden, gegen welches uns unabwehrbare Gegenbeweise fehlen. Wir haben unermesslich vielfachen Mitterlande die Treue gehalten, liefern es kalt, Volkstum, Sitte und Sprache als Erbe unserer Väter und, frei von jeder völkischen Tendenz, als selbstbalben anerkanntes und gesäuertes Kulturgut nicht nur uns selbst zu erhalten, sondern auch in den Wechselbeziehungen den anderen Nationen näherzuführen. Diesen Bestrebungen wir als einen Schmutz aus soßbaren Kleinodien begeben, der von Generation zu Generation, von den Eltern auf die Kinder als Familien-erbe vermachet worden ist — als Gold der Gefamnis-treue, als Edelsteine der Redlichkeit, des Fleißes und der Ausdauer. Als der Weltkriege begann, haben wir, zwar sühnerlich bewegt über die für uns unnatürliche politische Gruppierung der Mächte, ohne Bedenken bei der Feindseligkeiten gegen Deutschland unsere Pflicht getan, als Pflicht nicht nur unserem Abvaterlande gegenüber, sondern noch mehr getreu dem Grundfals, daß auch dem Feinde die Feinde erklärt werden muß, wenn als erwiesen gilt; daß er im Unrecht ist. Auf dem Boden unserer Ueberzeugung-treue und wir Verbädigungen ausgesetzt gewesen, wir haben bittere Ungeheiß erdulden müssen, der eine mehr, der andere weniger.

Endlich hat der Krieg an unseren Fronten beendet. Es kamen Friedensboten herüber, wir haben sie in froher Erwartung begrüßt, sie sollten uns Aufklärung bringen über Irrtümer, wir hofften die Genugtuung zu erhalten, daß Mißverständnisse zerstreut, Ungebilligkeiten beigelegt werden würden. Aber aus neue ist ein erfindender Dunstkreis aufgeklagen, der uns irre gemacht hat, in Zweifel gesetzt über die Güter, die wir bis dahin für unverderblich und unvergänglich gehalten haben: Aus der Mitte des deutschen Volkes selbst werden Anfragen erhoben gegen die führenden Kreise Deutschlands, gegen die oberste Leitung. Im Angesicht höchster nationaler Gefahr hat ein unmürdiges Spiel im umgeben und unvertändenden Joven begannen, die den nationalen Organismus wie ein gefährlicher Schimmelpilz zu durchlöchern drohen, die den Willen des Volkes verblöden, die die Stimme des Volkes zu keinem Gehör kommen lassen wollen. Wir glauben uns darum zu der Frage berechtigt: Wie steht es um das geistige und sittliche Nationalgut Deutschlands, waren die Wächter da, haben die Hüter und die Beweiser bestanden ihre Pflicht getan? Zwar hören wir auch hier den Ruf: „Kreuzige ihn!“, aber es ist der Ruf der Unmündigen, denen für nationale Aufgaben das Verständnis fehlt, denen das Gefühl für Recht und Billigkeit, für die Gerechtigkeit fremd ist. Hätte dieser Ruf Berechtigung, so wäre er nicht nur gegen einzelne Personen zu richten, gegen ein gefränktes Haus, nicht nur gegen die z. Z. verantwortlichen Beweiser auf allen Verantwortungsgebieten, sondern gegen alle berufenen und arbeits-pflichtigen Teilnehmer am Kulturwert der Nation. Dami aber wäre auch der Stab über Deutschland gebrochen, und die Friedenskonferenz hätte sich nicht lange hierbei aufzuhalten und zur weiteren Tagesordnung überzugehen. — Diese schweren und langen Betrachtungen bildeten den Baustein, in welchem wir uns befinden, als die Friedens-boten, unsere Stammesgenossen, wieder von uns schieben. Wir haben ihnen in Gedanken das Geleit gegeben und haben ihnen keinen besseren Gedenspruch auf den Weg mitgeben können als: Sucht und prüft und zeigt uns, daß der Nationalstolz noch da ist, daß er nicht verborben oder geschliffen ist, zeigt uns, zeigt der ganzen Welt, daß das Gold echt ist und die Edelsteine von reinem Wasser, daß es nicht Trug und Schein gewesen und daß wir an unserem Familiengut nicht betrogen und verraten sind!

(Schluß folgt.)

Herausgeber: Der z. B. des Verbandes der trans. Deutschen Verantwortlich für die Redaktion: Das Redaktionskomitee.